

**Stuart E. Eizenstat,
John Edward Porter,
Jeremy M. Weinstein:**

Rebuilding Weak States

Foreign Affairs, Jg. 84, Nr. 1 (Jänner/Februar 2005), S. 134–146

Die Autoren, unter ihnen der bekannte ehemalige Undersecretary of State, Stuart Eizenstat, befassen sich in diesem Artikel mit dem zentralen Thema der aktuellen US-Außenpolitik schlechthin und stellen gleich eingangs einen bemerkenswerten Wandel fest.

Die US-Außenpolitik war lange auf die traditionellen Bedrohungen des 20. Jahrhunderts ausgerichtet – auf Feinde, deren Gefahr in ihrer Stärke lag. Heute aber gehe die größte Gefährdung von schwachen Ländern aus, deren Schwäche es Terrorgruppen ermöglicht, von dort aus zu operieren, deren Schwäche ungehinderten Waffenhandel ermöglicht und die Produktion von Opium sprunghaft ansteigen ließ. Schwache Staaten und das in ihnen herrschende Chaos würden unweigerlich die Sicherheit der USA und die Weltwirtschaft gefährden, die die Basis für amerikanische Prosperität bildet (man beachte die Gleichrangigkeit, ja Gleichsetzung der US-Sicherheitsinteressen mit Weltwirtschaft).

Nach Ansicht der Autoren würden die USA zu wenig oder nicht das Richtige für „nation building“ tun, um dem „aufkommenden Sturm“ zu begegnen.

Das Richtige sei eine neue umfassende Strategie gegen Gewalt, humanitäre Krisen und soziale Umbrüche „von Afghanistan bis Zimbabwe“. Eine solche neue Strategie müsse, soll sie erfolgreich sein, einen vierfachen Ansatz aufweisen: Krisenverhinderung, rasche Antwort, zentralisierte Entscheidungsfindung (in den USA) und internationale Zusammenarbeit.

Zunächst müssten die Ursachen für den schwachen Staat erkannt werden, und diese lägen in der Regel in Entwicklung beziehungsweise Entwicklungspolitik, um dann stabile, berechenbare Institutionen zu schaffen, die auf die Bedürfnisse der Bevölkerung eingehen. Dabei müsste Washington aus früheren Ansätzen und Fehlern in der Entwicklungspolitik oder im Bemühen um Stabilisierung schwacher Staaten lernen. Wie die Beispiele von

Zaire's Mobutu Sese Seko und Pakistans Muhammed Zia ul-Haq zeigen, habe die US-Hilfe zwar deren Schatzkammern gefüllt und kurzfristig auch deren Bereitschaft zur Zusammenarbeit im Kampf gegen den Kommunismus garantiert, aber nichts zur Förderung einer langfristigen Entwicklung beigetragen. Langfristige Ziele seien dagegen durch die US-Hilfe an El Salvador und Nicaragua erreicht worden. Die Autoren messen dies daran, dass diese Länder rund zehn Jahre später nun in der Lage seien, mit Washington über Freihandelsabkommen zu verhandeln – ein „untrügliches Zeichen von Fortschritt“.

Im Dialog mit den Führungsschichten betroffener Staaten müsse die US-Politik eine dynamische und differenzierte Mischung von Anreizen und Sanktionen einsetzen.

Schließlich müsste den Entscheidungsträgern bewusst gemacht werden, dass „nation building“ von Natur aus eine langfristige Sache ist. Wenn die USA nicht in der Lage sind, ihr Engagement langfristig – bis zur vollständigen Erreichung der Ziele – aufrecht zu erhalten, sollten sie nach Ansicht der Autoren erst gar nicht intervenieren.

Der Ansatz der Autoren, wonach der beste oder einzige Weg zur Verhinderung von „failed states“ der Kampf gegen die Armut sei, ist zu kurz gegriffen. Natürlich sind Zusammenhänge zwischen wirtschaftlichen Entwicklungsstandards und politischer Stabilität erkennbar, doch sind solche zwischen wirtschaftlichen Standards und dem Millennium Challenge Account (MCA), der Förderung von Demokratie und Transparenz, nicht notwendigerweise gegeben, wie das Beispiel der sicher reichen Golfstaaten einschließlich Saudi-Arabiens zeigt, die zwar nicht augenblicklich, aber möglicherweise in Zukunft für sicherheitspolitische Partner zu Herausforderungen und Problemen werden könnten.

Ergänzend sei angeführt, dass Großbritannien mit der Schaffung einer interministeriellen „Post Conflict Reconstruction Unit“ einen solchen umfassenden Ansatz von Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik gegenwärtig in Angriff nimmt. Es bleibt abzuwarten, inwieweit dieser Ansatz Einfluss auf die britische Position in den EU-Gremien haben wird.

Rudolf Logothetti